

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik –

Vorsitzender: Prof. Dr. Dr. h.c. Heinz König, Universität Mannheim

Stellvertr. Vorsitzender: Prof. Dr. Alfred Kieser, Universität Mannheim

Schatzmeister: Prof. Dr. Otmar Issing, Deutsche Bundesbank, Frankfurt/M.

Geschäftsführer: Dr. Horst Kräger, Universität Mannheim

Schriftführer: Dr. Winfried Pohlmeier, Universität Mannheim

Geschäftsstelle: Seminargebäude A 5, D-68159 Mannheim 1, Tel. (06 21) 2 92-34 57/27 27

Berichte aus der Arbeit der Gesellschaft

Ausschuß für Gesundheitsökonomie

Die Jahrestagung 1992 fand vom 5. bis 7. November 1992 in Jena statt und stand unter dem Generalthema „Institutionelle Erneuerung des Gesundheitswesens in Deutschland“. Mit der Wahl des Veranstaltungsortes wurde zum einen der Tradition der Friedrich-Schiller-Universität Jena, die bereits 1559 gegründet wurde, Rechnung getragen. Zum anderen fand die Tatsache Berücksichtigung, daß die Neugründung der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät am 6. Dezember 1992 als erster Fakultät dieser Art in den neuen Bundesländern stattfand. Der Aufbau der Fakultät war bereits soweit fortgeschritten, daß Lehre und Forschung aus eigener Kraft, von neuberufenen Ordinarien und deren Mitarbeitern geleistet wurde.

Die Veranstaltung begann mit einem Unternehmenskontaktgespräch bei der Jenapharm GmbH in Jena. Die Ausführungen von Dr. *Taubert*, Geschäftsführer von Jenapharm, und die anschließende Besichtigung der Produktionsanlagen vermittelten einen sehr guten Einblick in die Unternehmung und deren Problematik, innerhalb sehr kurzer Zeit die aus den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Umbrüchen resultierenden produktionstechnischen und unternehmensstrategischen Anforderungen bewältigen zu müssen.

Das erste Referat wurde von Dr. *Edwin Smigielski* (Bonn) zu dem Thema: „Organisationsreform und Wettbewerb in der Gesetzlichen Krankenversicherung“ vorgetragen.

Als Ziele der Organisationsreform der GKV wurden eine Verringerung der Beitragssatzspanne, Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten in bezug auf ihre Kassenwahlrechte und die Schaffung von Rahmenbedingungen, die Wettbewerb zwischen den Kassen ermöglichen, genannt. Nach der Darlegung unterschiedlicher Positionen charakterisierte Dr. Smigielski den von CDU/CSU, FDP und SPD erstellten Entwurf vom 16. Oktober 1992 zur Organisationsreform der Gesetzlichen Krankenversicherung. In einem weiteren Schritt zeigte er die daraus resultierenden Auswirkungen auf die eingangs genannten Zielsetzungen auf. Als Perspektive zeigte Dr. Smigielski schließlich die zunehmende Regulierung, die eine Verringerung der Handlungsparameter der Krankenkassen mit sich bringe, auf. Dies müsse zu einem Verlust an Vielfalt unter den Krankenkassen führen, werden keine weiteren Wahlgestaltungsmöglichkeiten für die Krankenkassen eröffnet.

Das Referat von Prof. Dr. *Jürgen Wasem* (Köln) zu dem Thema: „Finanzentwicklung im Gesundheitswesen der neuen Bundesländer“ begann mit einem Rückblick auf die Entscheidungssituation zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung bezüglich der Einführung eines sozialen Sicherungssystems nach dem Vorbild der alten Bundesländer.

Im Anschluß wurden die Finanzentwicklung und die ihr zugrunde liegenden Determinanten zwischen den alten und den neuen Bundesländern verglichen. Ferner wurden die Konsequenzen der Einführung des Gesundheitsstrukturgesetzes für die Gesetzliche Krankenversicherung der neuen Bundesländer aufgezeigt. Abschließend wurde die Frage in den Raum gestellt, ob die Einführung der Sozialversicherung in den neuen Bundesländern ein Modell für Osteuropa darstellen könne.

Die Ausführungen von Dr. *Volker Ulrich* (Mannheim) galten dem Thema: „Arztwahl und Inanspruchnahme ärztlicher Leistungen. Ein ökonomischer Ansatz zur Modellierung von Angebots- und Nachfrageentscheidungen im ambulanten Bereich.“ Mit Hilfe des Negbin-Hürden-Modells konnte der zweistufige Entscheidungsprozeß der Nachfrage nach ambulanten Gesundheitsleistungen erfaßt und dargestellt werden. Im Mittelpunkt des Referates stand die Interpretation der Ergebnisse der Hypothesentests.

Das Referat von Prof. Dr. *Roland Eisen* (Frankfurt): „Alternative Sicherungsmöglichkeiten bei Pflegebedürftigkeit“ gab einen Überblick über mögliche Gestaltungsformen der Absicherung bei Pflegebedürftigkeit, die den Anspruch erheben, sich in das derzeitige soziale Sicherungssystem einzufügen. Zunächst wurden vier Grundmodelle entwickelt, die dann nach den Kriterien Effizienz, Organisationsstruktur, individuelle Freiheit, Nachfrage analysiert wurden.

Prof. Dr. *Günter Neubauer* (München), der zu dem Thema: „Schritte zur Neuordnung der Krankenhausfinanzierung“ referierte, zeigte eingangs die Grundstruktur der derzeitigen Krankenhausfinanzierung und die darin existierenden Defizite auf. Zur Erreichung der in einem weiteren Schritt aufgezeigten Entwicklungsziele wurden dann konkrete mittel- und langfristige Reformschritte aufgezeigt. Daran wurden in einem letzten Schritt die Maßnahmen des Gesundheitsstrukturgesetzes beurteilt.

Das abschließende Referat der Tagung hielt Prof. Dr. *Hartmut Kliemt* (Dortmund) zu dem Thema: „Gerechtigkeitskriterien in der Transplantationsmedizin“. Am Beispiel der Nierentransplantation zeigte der Verfasser die Problematik der Forderung nach gleicher Ressourcenausstattung im Gesundheitswesen als Ausdruck sozialer Gerechtigkeit auf. Der Verfasser analysierte ferner die derzeitige Verteilung knapper Ressourcen in Form von Spenderorganen durch die Institution Eurotransplant und entwickelte dann Vorschläge, die im Umgang mit knappen Ressourcen mit Hilfe des Reziprozitätsprinzips Versicherungssouveränität und Solidarität ermöglichen.

Die Jahrestagung 1993 findet vom 28. - 30. Oktober 1993 unter dem Generalthema „Probleme der Transformation im Gesundheitswesen“ in Hannover statt. Während der Tagung soll ferner die Gelegenheit zu einer intensiven Diskussion des Themas „Krankenversicherung im Jahre 2000“ genutzt werden.

Prof. Dr. Peter Oberender, Bayreuth/Jena

Wirtschaftshistorischer Ausschuß**– Bericht über die Tagungen 1991, 1992, 1993 –**

Die *Tagung 1991* fand am 3. und 4. April 1991 in Maria Plain bei Salzburg statt. Das Thema der Tagung war „Wirtschaftliche Folgen europäischer Integrationsprozesse im 19. und 20. Jahrhundert“. Dazu wurden vier Referate gehalten und diskutiert.

PD Dr. *Rolf H. Dumke* (Universität der Bundeswehr München) referierte über „Statische und dynamische Folgen des Deutschen Zollvereins“. Er ging dabei von neueren Studien über die Integration von Faktormärkten aus und konzentrierte sich auf die Diskussion von theoretischen Modellen wobei wiederum die Frage der Skalenerträge im Mittelpunkt stand. Einen weiteren Schwerpunkt, der u.a. auch in der Diskussion zur Sprache kam, bildete das Problem der Isolierung und Quantifizierung von Integrationseffekten.

Dr. *Christian Dirninger* (Universität Salzburg) befaßte sich mit der „Wirtschaftlichen Integration in der Habsburgermonarchie im 19. Jahrhundert“. Der Referent stellte den Integrationsvorgang als langfristigen Prozeß mit einer politischen, einer institutionellen und einer effektiven Dimension dar, der auf drei regionalen Ebenen verläuft: der Ebene der europäischen Integrationsentwicklungen, der Ebene der Integration der österreichischen und der ungarischen Reichshälfte und der Ebene der Regionen innerhalb dieser. In der Diskussion wurde insbesondere der Aspekt des integrationsbedingten regionalen Strukturwandels aufgegriffen.

Prof. Dr. *Werner Abelshäuser* (Istituto Universitario Europeo, Firenze) behandelte das Thema „Rüstung und europäische Integration in den 1950er Jahren“. Die beiden Hauptgesichtspunkte des Referates lagen zum einen in der tendenziellen Verstärkung nationaler Besonderheiten in den Rüstungssystemen und zum anderen in dem divergenten Verhältnis von wirtschaftlichen Sachzwängen und politisch motivierten Rüstungsprogrammen. Speziell wurde dies am Beispiel Großbritanniens verdeutlicht. In der Diskussion stand insbesondere der Einfluß der USA auf die europäische Rüstungsentwicklung zur Debatte.

Prof. Dr. *Gerd Neumann* (Hochschule für Ökonomie, Berlin) sprach über „Probleme osteuropäischer Wirtschaftsintegration in vier Jahrzehnten RGW“. Dabei stellte er die 1950er Jahre als eine Phase dar, in der die Forcierung der Industrialisierung Vorrang vor einer gezielten Integrationspolitik hatte. Die Integration wurde erst in den 1960er und 1970er Jahren primäres wirtschaftspolitisches Ziel, das aber nur mangelhaft realisiert wurde. Als ein Hauptproblem stellte Neumann das zwischenstaatliche Zahlungs- und Verrechnungssystem dar. Diese Frage wurde auch in der Diskussion besonders aufgegriffen.

Am zweiten Tag erfolgte die Präsentation und Diskussion von drei wirtschaftshistorischen Forschungsprojekten.

Dr. Harm G. *Schröter* (Freie Universität Berlin) berichtete über seine Arbeit über „Multinationale Unternehmen aus kleinen Staaten bis 1914“.

Dr. *Albrecht Ritschl* (Universität München) sprach über „Die deutsche Wirtschaft in der Großen Krise. Skizzen zu einer ökonometrischen Modellierung“.

Dr. *Werner Plumpe* (Ruhr Universität Bochum) stellte Ergebnisse seiner Forschungen über „Betriebliche Lohnpolitik in der Weimarer Republik“ vor.

Die *Tagung 1992* fand am 2. und 3. April 1992 in Düsseldorf statt. Das Thema der Tagung war „Wandel von Raumstrukturen“. Dazu wurden vier Referate gehalten und diskutiert.

Prof. Dr. *Toni Pierenkemper* (Universität Frankfurt) sprach über „Veränderungen im System schwerindustrieller Regionen in Deutschland im 19. Jahrhundert“. Dem Referent ging es insbesondere um eine Verknüpfung von regionalem und sektorialem Ansatz in der Industrialisierungsforschung. In diesem Sinne interpretierte er die Schwerindustrieregionen an Saar, Ruhr und Oder als ein System, dessen Elemente die jeweiligen Regionen sind. Soweit wird die Raumstruktur der deutschen Schwerindustrie durch Stellung der einzelnen Regionen zueinander bestimmt, wobei ein entscheidendes Kriterium der Systementwicklung die Konkurrenzbeziehungen zwischen diesen Regionen ist. In der Diskussion wurde insbesondere auf die Ursachen der unterschiedlichen regionalen Entwicklungen eingegangen.

Dr. *Dieter Ziegler* (Universität Bielefeld) referierte zum Thema „Kommerzielle oder militärische Interessen, Partikularismus oder Raumwirtschaft? Bestimmungsfaktoren für die Entwicklung des Eisenbahnnetzes in Preußen/Deutschland im 19. Jahrhundert“. Die zentrale Frage des Referenten war jene nach den wesentlichen „netzgestaltenden Faktoren“. Dabei wurden unter anderem technische Faktoren, wie etwa Terrainverhältnisse, staatliche Subventionspraxis, kleinstaatliche Konkurrenz sowie Konkurrenz von Eisenbahngesellschaften und eben auch militärische Strategiepläne behandelt. In der Gewichtung erschienen die militärischen Gründe vergleichsweise weniger bestimmend als etwa das Bestreben der Einzelstaaten jeweils eigene Bahnnetze zu entwickeln sowie die Konkurrenz der Gesellschaften, die des öfteren zur Entstehung von Parallelstrecken führte. Die Diskussion befaßte sich mit der Enteignungsproblematik als Bestimmungsfaktor für Streckenführungen sowie mit dem Vergleich der „Infrastrukturpolitik“ in den deutschen Staaten.

Prof. Dr. *Peter Hertner* (European University, Institute of History and Civilization, Florenz) behandelte das Thema „Die Entwicklung einer italienischen Region im europäischen Kontext: Die Lombardei von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg“. Hertner ging von einer regionalen Differenzierung in Nord-, Mittel- und Süditalien aus und stellte die Lombardei als eine Region mit im inneritalienischen Vergleich relativ günstigen Ausgangsbedingungen für die Industrialisierung dar. Unter anderem wurden angeführt: frühe Entfaltung proto-industrieller Strukturen, die zentralörtliche Funktion Mailands, Dominanz exportorientierter Produktionen, Verkehrseinbindung, Protektionismus. In der Diskussion wurde, ausgehend vom konkreten Beispielfall, das Problem der Abgrenzung ökonomischer Regionen aufgegriffen. Speziell befaßte sie sich mit dem theoretischen und empirischen Problem der Abgrenzung von Regionen in politischer und ökonomischer Hinsicht.

Prof. Dr. *Dietmar Petzina* (Ruhr Universität Bochum) befaßte sich mit „Änderungen der räumlichen Strukturen in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg“. Anhand umfangreichen Zahlenmaterials machte der Referent die Veränderung räumlicher Struktur der westdeutschen Wirtschaft nach 1945 deutlich. Als wesentlichstes Charakteristikum läßt sich ein tendenzielles Nord-Süd-Gefälle zugunsten des Südens feststellen. Diese Entwicklung erfuhr in den 1970er Jahren eine deutliche Verstärkung. In der Erklärung dieses Befundes operierte Petzina u. a. mit standorttheoretischen Kategorien. Der Regionalpolitik maß er einen vergleichsweise geringen Wirkungsgrad zu. In der Diskussion wurden die standortrelevanten Fragen weiter vertieft sowie der Aspekt der europäischen Integration als Rahmenbedingung angesprochen.

Prof. Dr. *Jörg Roesler* (Universität Montreal) konnte nicht anwesend sein und daher sein Referat zum Thema „Räumliche Auswirkungen der deutschen Teilung in Ostdeutschland“ nicht halten. Es lag aber im Manuskript vor und wurde auf diesem Wege den Teilnehmern der Tagung zur Kenntnis gebracht.

Den Gepflogenheiten des Ausschusses entsprechend erfolgte am zweiten Tag die Präsentation von wirtschaftshistorischen Forschungsprojekten.

Es referierten Dr. *Margrit Müller* (Universität Zürich) über „Organisation und wirtschaftliche Entwicklung“ und Dr. *Rainer Karlsch* (Humboldt-Universität Berlin) über „Ansatzpunkte für eine Geschichte geteilter Unternehmen in der chemischen Industrie Deutschlands nach 1945“.

Die *Tagung 1993* fand am 19. und 20. März 1993 in Tegernsee statt. Das Thema der Tagung lautete „Kommunalisierung im Spannungsfeld von Regulierung und Deregulierung im 19. und 20. Jahrhundert“. Dazu wurden drei Referate gehalten und diskutiert sowie zwei laufende Forschungsprojekte präsentiert.

Prof. Dr. *Peter Hertner* (European University, Institute of History and Civilization, Florenz) referierte über „Ziele und Ergebnisse der Kommunalisierungspolitik in Italien vor dem Ersten Weltkrieg“. Dabei wurde die Thematik in den Rahmen der Urbanisierung als ein zentrales sozioökonomisches Phänomen des 19. Jahrhunderts vor dem Hintergrund der spezifischen Bedeutung zentraler Städte in den italienischen Regionen gestellt. Die Diskussion befaßte sich insbesondere mit dem Vergleich der italienischen Entwicklung zu jenen in anderen europäischen Staaten.

PD Dr. *Gerold Ambrosius* (Bremen) sprach über „Kommunalwirtschaft im Spannungsfeld von Privatisierung und Regulierung in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zu den 1930er Jahren“. Dabei ging es dem Referenten insbesondere um eine über den rein besitzrechtlichen Rahmen hinausgehende Differenzierung des Begriffes „Privatisierung“ in funktioneller Hinsicht. Er exemplifizierte dies auch an Beispielfällen. Der Begriff „Privatisierung“ bildete auch den Hauptgegenstand der Diskussion.

Prof. Dr. *Horst A. Wessel* (Mannesmann Archiv Düsseldorf) stellte „Die Versorgung von Kommunen mit Wasser, Gas und elektrischer Energie bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges“ in ausführlicher Weise anhand der jeweiligen Entwicklung in deutschen Großstädten dar. Besonderes Gewicht legte der Referent auf den Wandel der städtischen Energieversorgungstechnologie in den genannten drei Bereichen. Auf diesen Aspekt bezog sich auch ein wesentlicher Teil der Diskussion.

Die beiden einschlägigen Forschungsprojekte wurden präsentiert von Prof. Dr. *Margrit Grabas* (Universität des Saarlandes): „Kommunalisierungsprozesse im Wandel von Prosperität und Stagnation – dargestellt am Beispiel der Versorgungswirtschaft im Wilhelminischen Kaiserreich“ und von Prof. Dr. *Lothar Baar* (Humboldt-Universität Berlin): „Regulierung und Deregulierung in der Berliner Energieversorgung“.

Prof. Dr. J. Wysocki, Salzburg

Ausschuß für Ökonometrie

Dank der Vermittlung von Prof. Dr. *H. Rinne* (Universität Gießen) fand die diesjährige Tagung des Ausschusses wie in der Vergangenheit in der Zeit vom 10. - 12. März auf Schloß Rauischholzhausen bei Marburg statt. Es nahmen 18 Mitglieder und 5 Gäste teil.

Für diese Sitzung war kein spezifisches Thema festgelegt. Die Vorträge umfaßten sowohl methodische Themen wie auch empirisch-ökonomische Themen sowie einen Vortrag über ökonomische Software.

Prof. *D. Friedrich* (Technische Universität Berlin) sprach über die „Schätzung nichtstationärer ARMA-Prozesse“. Ausgangspunkt seines Modells ist die finale Form eines ARMA-Prozesses. Im Gegensatz zu der Annahme einer Einheitswurzel, wie in der Cointegrationstheorie, geht Friedrich von evolutorischen ARMA-Prozessen aus, d.h. er läßt Eigenwerte größer 1 zu. Im Mittelpunkt stand eine nicht-lineare Kleinstquadratschätzung der finalen Form eines solchen ARMA-Prozesses. Das Verfahren wurde auf ökonomische Zeitreihen wie z.B. den privaten Verbrauch angewendet.

Prof. Dr. *H. Drygas* (Gesamthochschule Kassel) sprach über „Spektralmethoden bei linearen Minimaxschätzern“. Ziel seines Vortrages war es, den derzeitigen Stand bei der Entwicklung linearer Minimaxschätzer zu charakterisieren. Dieser Stand ist dadurch zu beschreiben, daß es für gewisse Spezialfälle plausible Lösungen gibt, die sich jedoch nicht beliebig verallgemeinern lassen. Bei einer Verallgemeinerung gelangt man relativ rasch zu nichtlinearen Schätzproblemen, die bisher ungelöst sind.

Prof. Dr. *G. Strohe* (Universität Potsdam) sprach über „einen explorativen Ansatz für umweltökonomische Modelle mit latenten Variablen“. Neben der Diskussion des LISREL- und des PLS-Ansatzes als methodisches Instrument für eine umweltökonomische Analyse, wurde eine Anwendung des PLS-Verfahrens auf einen Datensatz erläutert, der neben Variablen der wirtschaftlichen Aktivität und der Sozialstatistik auch umweltökonomische Daten einbezieht. Es wurde der Versuch gemacht, im Rahmen des PLS-Ansatzes die Beziehungen zwischen diesen Variablen auf der Basis statistischer Auswahlkriterien zu modellieren.

Prof. Dr. *W. Härdle* (Humboldt-Universität Berlin) stellte das von ihm entwickelte Statistik-Paket Xplo Re vor.

Prof. Dr. *K. Neusser* (Universität Wien) sprach über „den langfristigen Zusammenhang zwischen öffentlichem Kapitalstock und privater Produktivität“. Im Mittelpunkt dieses Vortrages stand die Frage, ob öffentliche Infrastrukturinvestitionen einen Beitrag zur langfristigen Produktivitätsentwicklung des privaten Sektors leisten. Grundlage der Arbeit ist die Schätzung von Translog-Kostenfunktionen bzw. der zugehörigen Faktornachfragefunktion im Rahmen des Cointegrationsansatzes von Phillips mit schwach exogenen integrierten Variablen. Zur Schätzung wurde insbesondere der Phillips-Schätzer verwendet. Die Ergebnisse zeigten eine hohe Sensitivität, so daß eindeutige Schlußfolgerungen nicht gezogen werden konnten.

Prof. Dr. *W. Krämer* (Universität Dortmund) sprach über „saisonale Effekte in Wertpapierkursen“. Hierbei handelt es sich um empirische Beobachtungen, die mit der Theorie effizienter Wertpapiermärkte unvereinbar sind. Es wurden für den deutschen Aktienmarkt sowohl wochentägliche Saisoneffekte als auch spezifische Feiertageffekte nachgewiesen und die Methoden zur Überprüfung der Signifikanz erläutert.

Dr. *K.-H. Tödter* (Deutsche Bundesbank) referierte über „Die neuen Bundesländer im ökonomischen Modell der Bundesbank“. Im Mittelpunkt dieses Vortrages stand ein empirisch kalibriertes Modell für Ostdeutschland, das die wesentlichen Anpassungsprozesse der ostdeutschen Wirtschaft an die westdeutsche Wirtschaft zu simulieren versucht. Das Modell ist durch Anpassungsprozesse im Sinne des Fehlerkorrekturmodells für wichtige gesamtwirtschaftliche Variablen, wie Konsum, Arbeitsangebot, Arbeitsproduktivität, Kapitalstock, Importe etc., gekennzeichnet. Es wurde ein Vergleich der Simulationen auf der Basis dieser Annahmen mit dem historischen Verlauf seit 1991 vorgenommen.

Die Professoren Dr. *G. Kirchgässner* (Universität St. Gallen) und Dr. *J. Wolters* (FU Berlin) referierten über die Entwicklung der langfristigen Zinssätze im europäischen Währungssystem. Ausgangspunkt des Referates war die Frage, ob durch die europäische Währungspolitik im Laufe der 80er Jahre eine Annäherung der nominalen bzw. realen Zinssätze und der Inflationsraten erfolgt ist. Auf der Basis der Cointegrationsmethodik wurden verschiedene Schätzungen für kurz- und langfristige Zinssätze bzw. Zinsdifferentiale der europäischen Länder, insbesondere in Abhängigkeit der deutschen Zinsen, durchgeführt. Die Ergebnisse erwiesen sich als sehr sensitiv gegenüber der Spezifikation der zugrundeliegenden Periode. Für viele Länder wurde die Hypothese einer Cointegration der Zinssätze für die 80er Jahre (bis 1991) nicht angenommen.

Die nächste Sitzung findet zu einem nicht endgültig festgelegten Termin im März 1994 in Schloß Rauischholzhausen statt.

Prof. Dr. G. Hansen, Kiel

Wirtschaftspolitische Ausschuß

Der Ausschuß tagte vom 17. bis 18. Mai 1993 in Würzburg unter der Leitung von Prof. Dr. *Erhard Kantzenbach*. Das Generalthema lautete: „Europäische Gemeinschaft – Bestandsaufnahme und Perspektiven.“

Referat von Prof. Dr. *Claus-Dieter Ehlermann* (EG-Kommission Brüssel): „Zur Erweiterung und Vertiefung der EG“. Der Referent ging davon aus, daß die Erweiterungsverhandlungen mit den EFTA-Ländern Österreich, Schweden, Finnland und Norwegen bis 1996 abgeschlossen sein würden. Schon vor diesem Hintergrund stelle sich die Frage, ob eine erweiterte Gemeinschaft vertieft werden könne. Je mehr Staaten der Gemeinschaft beitreten und je kleiner sie sind, desto mehr Supranationalität und Zentralgewalt würden nötig, um ein Minimum an Einheit und Handlungsfähigkeit zu bewahren. Andererseits dürften institutionelle Reformen nicht so weit getrieben werden, daß sie um der Handlungsfähigkeit der erweiterten EG willen die Grundlagen für den freiwilligen Zusammenschluß demokratisch verfaßter Staaten zerstörten.

Referat von Prof. Dr. *Wernhard Möschel* (Tübingen): „Konturen einer politischen Union – Plädoyer für eine europäische Minimalgemeinschaft“. Hinter die Idee des Binnenmarktes mit gemeinsamer Außenhandelspolitik und hinter ein Verständnis der EG als eine auf die vier Grundfreiheiten ausgerichteten Verfassungsgemeinschaft mit dem Vorrang des Gemeinschaftsrechts beim Konflikt mit staatlichem Recht wolle niemand zurück. Auch diejenigen, die für ein „loses Europa“ eintreten, wollten das nicht. Ein solches Konzept wäre freilich auch hinreichend,

um die mit der europäischen Integration verfolgten Zwecke (das Friedensargument, das Binnenmarktargument, das imperiale Argument, das Deutschen-Argument) zu erreichen.

In der Diskussion spielte die Frage eine Rolle, ob die politische Integration nicht doch eine Voraussetzung für eine Verhinderung „kriegerischer“ Ereignisse auf Dauer sei und man deshalb über die Minimalgemeinschaft hinausgehen müsse. Auch habe der „Politikbedarf“ zugenommen, der entsprechende politische Strukturen voraussetze. Dagegen wurde eingewandt, daß der sogenannte „Politikbedarf“ größtenteils aus normativen Setzungen herrührte und sich nicht zwingend aus externen Effekten ergäbe.

Referat von Prof. Dr. *Franz-Ulrich Willeke* (Heidelberg): „Die Europäische Währungsunion als ordnungspolitische und stabilitätspolitische Fehlkonzeption“. Der Referent stellte ein Wettbewerbsmodell gleich unabhängiger Zentralbanken vor. Die Hypothese von der Überlegenheit des Wettbewerbsmodells gegenüber der Währungsunion stützt sich u.a. darauf, daß die unvermeidlichen Unbestimmtheiten und Unsicherheiten einer „richtigen“ Geld- und Wechselkurspolitik in ihren möglichen negativen Folgen für das Preisniveau im Wettbewerb der nationalen Zentralbanken besser abgefangen werden könnten als durch eine europäische Zentralbank.

Referat von PD Dr. *Paul J. J. Welfens* (Münster): „Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten mit der EG: Ausgangsbedingungen, Anpassungsprobleme und Chancen“. Unterschiedliche Erfahrungen mit der EG-Süderweiterung deuten auf mögliche Erfolgs- wie Problemfaktoren einer Osterweiterung hin. Problematischer noch als steigende EG-Transfers bei einer Osterweiterung bzw. einer massiven Unterstützung der osteuropäischen Transformation sei die zu befürchtende Anspruchsinflation in der gesamten EG. Zudem gäbe es eine Reihe von Impulsen, die sowohl in der EG wie in Europa insgesamt zu wachsenden regionalen bzw. internationalen Einkommensdivergenzen führen könnten. Damit erhöhe sich der Wanderungsdruck wie der Druck auf aktive regionale Politik, wenn in Mittel- und Osteuropa nicht anhaltend hohe Wachstumsraten erreicht werden können.

In der Diskussion spielte die Frage eine große Rolle, welche Wege Osteuropa beschreiten könnte. Einigkeit bestand darüber, daß die vom Westen geleisteten Transfers produktiv eingesetzt werden müßten. Die Frage wäre allerdings, ob die EG in dieser Hinsicht steuernd eingreifen könne und sie selbst flexibel genug sei, um sich an diese Herausforderungen anpassen zu können.

Referat von Prof. Dr. *Hartmut Berg* (Dortmund): „Entscheidungsfindung in einer erweiterten europäischen Gemeinschaft: Reformfordernisse – Reformmöglichkeiten – Reformgrenzen“. Ein Beitritt weiterer Mitglieder würde die Funktionsfähigkeit der Gemeinschaft dann fördern, wenn auch im politischen Bereich ein dynamischer Wettbewerb institutionalisiert werden könnte. Er würde als Markteintritt den Wettbewerb sowohl im ökonomischen als auch im politischen Bereich neue Anstöße geben und die Möglichkeiten zu umfassenden Wettbewerbsbeschränkungen durch Zentralisierung und Bürokratisierung vermindern. Zudem würde sich dann der häufig beschworene Konflikt zwischen „Erweiterung“ und „Vertiefung“ als Scheinproblem erweisen.

Referat von Prof. Dr. *Thomas Straubhaar* (Universität der Bundeswehr Hamburg): „Zur optimalen Größe eines integrierten Wirtschaftsraumes (Das Konzept des funktionalen Föderalismus)“. Das vom Referenten vorgestellte Konzept des funktionalen Föderalismus würde den Entscheidungsträgern in der EG erlauben, mit größtmöglicher Flexibilität auf die Erweiterungs- und Vertiefungsprobleme zu reagieren. Der Begriff funktional stehe dabei als Gegensatz zum heutigen Prinzip

des „politisch-institutionellen“ Föderalismus. Der Wettbewerb der funktional organisierten, sich überlappenden Jurisdiktion hätte den Sieg über das Prinzip des hierarchisch nach politischen Kriterien definierten Föderalismus davonzutragen.

In der Diskussion spielte die Frage eine Rolle, ob die Trennung zwischen funktionaler und institutionaler Methode in dieser Schärfe aufrechterhalten werden könne, da die ökonomischen Aufgaben letztlich Institutionen zugeordnet werden müßten.

Die nächste Sitzung wird am 23. und 24. März 1994 in Mainz zum Thema „Probleme der Weltwirtschaftsordnung“ stattfinden.

Prof. Dr. E. Kantzenbach/
Dr. O. G. Mayer, Hamburg

Ausschuß „Wirtschaftswissenschaft und Ethik“

Der Ausschuß hielt seine Jahrestagung 1993 vom 17. - 19. Juni in Kaiserslautern ab. Im einzelnen wurden folgende Beiträge vorgetragen und diskutiert.

Prof. Dr. *Wulf Gaertner* (Osnabrück) referierte zum Thema „Pareto-Effizienz und normative Ökonomik“. Ausgehend vom produktionstheoretischen Effizienzbegriff wird Pareto-Effizienz als ein Vernunftprinzip der Gesellschaft interpretiert. Im ersten Teil der Darstellung wird die Rolle des Axioms der Pareto-Effizienz innerhalb der Arbeiten der sog. neuen Wohlfahrtsökonomik sowie die Stellung dieses Postulats innerhalb neuerer mikroökonomischer Ansätze der Spiel- und Entscheidungstheorie diskutiert. Es wird u. a. darauf hingewiesen, daß das Pareto-Kriterium in seiner schwachen Variante mit dem Rawl'schen Differenzprinzip vereinbar ist. Der zweite Teil der Ausführungen versucht anhand statistischen Materials der Frage nachzugehen, ob der von Okun beschriebene „Trade-off“ zwischen Gleichheit und Effizienz auch beim Vergleich der wirtschaftlichen Entwicklung unterschiedlicher westlicher Volkswirtschaften erkennbar wird.

Prof. Dr. *Karl Homann* (Ingolstadt/Eichstätt) trug seine Überlegungen zum Thema „Ethik und Ökonomik“ vor. Ausgehend von der Beobachtung, daß moralische und wirtschaftliche Verhaltensweisen vermehrt zu konfliktieren scheinen, wird das Verhältnis von Ethik und Ökonomik oft „dualistisch“ bestimmt. Angesichts der daraus erwachsenden konzeptionellen Probleme hielt Homann demgegenüber an der Einheit beider fest: Ökonomik ist Ethik mit anderen Mitteln. Doch wird die gleiche Fragestellung – die Verwirklichung der Solidarität aller – aus unterschiedlichen Perspektiven formuliert. Dies bringt die Schwierigkeit der wechselseitigen Übersetzbarkeit in das jeweils andere Kategoriensystem mit sich, hat jedoch den großen Vorteil, daß aus der Ökonomik Innovationen in die Ethik eingebracht werden können und umgekehrt. Insbesondere zeichnet sich die ökonomische Herangehensweise an ethische Fragestellungen dadurch aus, daß diese normativen Fragen positiv abgearbeitet werden und man dadurch Hinweise für eine erfolgreiche Implementation erhält. So kann z. B. gezeigt werden, daß moralische Appelle, die die institutionellen Anreizbedingungen vernachlässigen, systematisch scheitern müssen.

Prof. Dr. *Volker Arnold* (Hagen) beschäftigte sich mit „Altruismus und Effizienz“. Altruismus wird in der Regel durch interdependente Nutzenfunktionen modelliert. Ziel des Beitrages ist es, durch Altruismus motivierte Transfers unter dem Aspekt der ökonomischen Effizienz zu analysieren. Dabei werden einmal Probleme zwischen den Gebern untersucht: Hier geht es vor allem um die Frage,

unter welchen Bedingungen „Trittbrettfahren“ die individuell rationale Strategie ist. Zum anderen werden Interaktionen zwischen Gebern und Empfängern diskutiert: Schwerpunktartig geht es dabei um die Frage, ob sich ein altruistischer Geber gegen die Ausbeutung durch einen egoistischen Empfänger schützen kann.

Prof. Dr. *Udo Ebert* (Oldenburg) sprach zu dem Thema: „Verteilungsprobleme bei unterschiedlichen Haushaltstypen“. Auf dem Hintergrund der Schwierigkeiten, die bei der Berücksichtigung unterschiedlicher Haushaltsmerkmale auftreten, zeigte er die Möglichkeiten auf, die Begriffe „Einkommen“ und „Einkommensbezieher“ konkret zu fassen. In der weiteren Analyse verdeutlichte er die Gemeinsamkeiten und Unterschiede verschiedener in der Literatur verwendeter Verfahren für die Modellierung der Einkommensverteilung, insbesondere anhand der Umverteilungs- und Anonymitätseigenschaften, ihrer Implikationen für eine optimale Einkommensverteilung und den dort erreichbaren Lebensstandard und der Auswirkung auf die Ausgestaltung von entsprechenden Steuertarifen.

Prof. Dr. *Friedrich Breyer* (Konstanz) und Prof. Dr. *Hartmut Kliemt* (Duisburg) sprachen zum Thema „Lebensverlängernde medizinische Leistungen als Clubgüter? Ein Beitrag zum Thema ‚Rationierung im Gesundheitswesen‘“. Ausgehend vom Problem, wie die technischen Möglichkeiten lebensverlängernder Leistungen in Einklang mit den Möglichkeiten ihrer Finanzierbarkeit gebracht werden können, unterschieden sie drei Konzepte der Rationierung: 1. Die Handhabung der Gesundheitsgüter als privatisierte Clubgüter, 2. die starke Rationierung, die durch staatliche Angebotsplanung auf Versorgungsgleichheit abzielt, und 3. die schwache Rationierung, bei der neben der staatlich gesicherten Grundversorgung private Zusatzversorgung möglich ist. Die Besonderheit der Güterart läßt eine rein private Versorgung trotz mancher Vorteile als kaum durchsetzbar erscheinen, da das damit verbundene Ausschlußprinzip verbreiteten moralischen Intuitionen zuwiderläuft. Die starke Rationierung ist zwar prinzipiell auch mit den Grundprinzipien des liberalen Rechtsstaats vereinbar, birgt jedoch, abgesehen von normativen Bedenken, mehrere Schwierigkeiten der Durchsetzbarkeit jener Maßnahmen, die eine egalitäre Versorgung erfordert. Schwache Rationierung stellt einen Kompromiß dar, der sich aus Überlegungen gemäß der Politischen Ökonomie als durchsetzbar ableiten läßt, was auch den faktisch beobachtbaren Gegebenheiten entspricht. Zu vermuten ist allerdings, daß bei weiterem Wachstum der Versorgungsmöglichkeiten ein Übergang in das starke Rationierungskonzept erfolgt.

Prof. Dr. *Rainer Hegselmann* (Bremen) sprach zum Thema „Selbstorganisation von Solidarnetzwerken unter Ungleichen“. Er modellierte zunächst Solidarbeziehungen mit spieltheoretischen Mitteln. Im Anschluß stellte er ein Simulationsmodell vor, innerhalb dessen Individuen, die in sehr ungleichem Maße hilfsbedürftig werden, in vorteilsorientierter Weise Solidarpartner suchen. Die Simulationen zeigten, daß auch in einer solchen Welt Solidarnetzwerke entstehen. Allerdings weisen diese Solidarnetzwerke deutlich segregative Züge auf. Die Segregation scheint jedoch mit allgemeinen Wohlstandsgewinnen und einer leichten Abnahme von Ungleichheiten des Wohlstandsniveaus verbunden zu sein.

Prof. Dr. *Heiner Müller-Merbach* (Kaiserslautern) sprach über „Ausbeutung der ersten und zweiten Art. Eine Methodik zur Gestaltung von Sozialsystemen“. Die Konzepte „Fehler der ersten und zweiten Art“, die aus der Statistischen Qualitätskontrolle bekannt sind, wurden übernommen und für eine Analyse der Gestaltungsprinzipien von Sozialsystemen fruchtbar gemacht. Fehler der ersten Art liegen vor, wenn die Gemeinschaft einzelne ausbeutet, Fehler der zweiten Art im umgekehrten Fall. Beide Fehlerarten können durch institutionalethische Regelungen beeinflusst werden, die auf ihre Struktur, den Kontrollaufwand und die Para-

meter hin zu analysieren sind. Das Ziel der Analyse ist die Minimierung der gewichteten Summe der Schäden aus den Fehlern der ersten und zweiten Art und des Kontrollaufwandes.

Die nächste Tagung des Ausschusses wurde auf den 10. - 12. Februar 1994 in Osnabrück festgesetzt.

Prof. Dr. Dr. Karl Homann, Ingolstadt/Eichstätt

Ausschuß für Bevölkerungsökonomie

Für die Ausschußsitzung in München vom 28. - 30. Januar 1993 war keine fest umrissene Thematik festgelegt worden. Die Tagung sollte vielmehr über neuere Entwicklungen der bevölkerungsökonomischen Forschung im deutschsprachigen Raum informieren. Die Vortragsthemen waren daher weit gespannt.

PD Dr. *Aloys Prinz* (Berlin) befaßte sich mit der Frage, wie stabil intergenerative Transfers zwischen egoistischen Generationen sind, wenn eine familienexterne Möglichkeit der Altersvorsorge über den Kapitalmarkt eingeführt wird. Kinder werden hier als Kapitalgüter für die Altersversorgung und die Bereitstellung des Kinder-Konsums durch die Eltern als Kredit interpretiert, den die erwachsen gewordenen Kinder an ihre alten Eltern zurückzahlen (Familienkreditsystem). Prinz zeigt, daß die Koexistenz von Kapitalmarkt und Familienkreditsystem solange ein coalition proof Nash Gleichgewicht darstellt, wie eine exogen gegebene physiologische Fertilitätsgrenze nicht bindend ist. Die Ertragsrate für Kredite im Familienkreditsystem muß im Gleichgewicht höher sein als die Ertragsrate einer Anlage am familienexternen Kapitalmarkt, so daß das erzielbare Nutzenniveau unabhängig davon ist, ob familienintern oder -extern für das Alter vorgesorgt wird. Bei bindender Fertilitätsbeschränkung kann die Verzinsung der Kredite im Familienkreditsystem nicht so stark steigen, daß die Indifferenzbedingung für die Vorsorge über das Familienkreditsystem oder den Kapitalmarkt erfüllt ist. Dadurch gibt es einen Anreiz für alle Personen, über den externen Kapitalmarkt vorzusorgen. Der Kapitalmarkt kann aber nur weiterbestehen, wenn es eine nächste Kinder-Generation gibt, die mittels des angesammelten Kapitals Konsumgüter erzeugt. Die Altersversorgung über einen familienexternen Kapitalmarkt erfordert in diesem Fall eine Umlage der Kindererziehungskosten unter den Erwachsenen.

Dr. *Bernd Huber* (Würzburg) untersuchte die Zulässigkeit der Ponzi-Finanzierung in einem Modell überlappender Generationen. Er setzt ein dynamisch effizientes Wachstumsgleichgewicht voraus und betrachtet den Fall einer verzerrenden Besteuerung. Er kann im Rahmen seines Modells nachweisen, daß Ponzi-Spiele grundsätzlich zulässig sind und sowohl mit explodierendem als auch mit nicht explodierendem Staatsschuldwachstum verbunden sein können.

Prof. Dr. *Gert Wagner* (Bochum) referierte über „Kapitaldeckung als Instrument zur Vorsorge für das Pflegebedürftigkeitsrisiko“. Wagner unterstellt, daß das Pflegebedürftigkeitsrisiko nicht berechenbar ist und der Vorsorge-Kapitalstock sich daher als unnötig groß erweisen kann. Aufgrund einer von den Anbietern von Pflegeleistungen leicht induzierbaren Übernachfrage ist nach seiner Meinung nicht nur mit Prämienrückerstattungen zu rechnen. Darüber hinaus besteht bei stark regulierten Kapitalversicherungsmärkten die Gefahr einer ineffizienten

Kapitalanlage. Diese Nachteile können nach Wagner durch eine Umlage auf Gegenseitigkeit vermieden werden, bei der die Prämien für jede Versicherungs-generation unterschiedlich hoch sind.

Dr. *Alexia Prskawetz* (Wien) präsentierte ein Chaos-Modell aus der Interaktion demographischer und ökonomischer Variablen. Sie erweitert ein diskretes neoklassisches Wachstumsmodell durch eine endogene nichtlineare Bevölkerungsfunktion und erhält dadurch eine nichtlineare eindimensionale Differenzgleichung in der Variable des Pro-Kopf-Kapitalstocks. Sie zeigt, daß bei „starker“ Abhängigkeit des Bevölkerungswachstums vom Pro-Kopf-Einkommen je nach Sparquote stabile und periodisch chaotische Lösungen möglich sind. Bei hoher Investitionsquote (mehr als 50 % des Einkommens) treten stets stabile Lösungen auf.

Prof. Dr. *John Komlos* (München) entwickelte ein Modell des vorindustriellen Wachstums. Er erklärt die seit Beginn des 18. Jahrhunderts beobachteten langfristigen Schwankungen der menschlichen Körpergröße mit dem jeweiligen Ernährungszustand. Nach Komlos brachte das Bevölkerungswachstum vor dem 19. Jahrhundert sowohl negative malthusianische Effekte als auch positive boserupianische Effekte mit sich. Es löste im 13./16. Jahrhundert eine wirtschaftliche Expansion aus, führte danach aber zu einer Verschlechterung des Ernährungszustandes, was wiederum einen Rückgang des Bevölkerungswachstums zur Folge hatte. Die anschließende Verbesserung der Ernährungssituation brachte einen erneuten Wachstumsschub der Bevölkerung.

Prof. Dr. *Reinhard Spree* (München) referierte über den „Rückzug des Todes – Studien zum Epidemiologischen Übergang in Deutschland“.

Prof. Dr. *Thomas Straubhaar* (Hamburg) befaßte sich mit den Umverteilungswirkungen der Einwanderung. Sein Interesse gilt der Frage, ob die niedergelassenen Ausländer der Schweizer Volkswirtschaft über das staatliche Umverteilungssystem per Saldo Kosten verursachen oder Erträge stiften. Straubhaar errechnet für 1990 eine durchschnittliche jährliche Begünstigung der Einheimischen durch jeden Ausländerhaushalt von ca. Fr. 2200 und für die Gesamtwirtschaft von ca. Fr. 600 Mio.

Dr. *Bernd Raffelhüschen* (Kiel) analysierte die fiskalischen Implikationen der deutschen Vereinigung mit Hilfe eines dynamischen Simulationsansatzes. Er vergleicht drei hypothetische Szenarien. Im ersten Szenario werden die zur Vermeidung von massiven Wanderungsbewegungen notwendigen West-Ost-Transfers vollständig auf zukünftige Generationen überwältigt. Im zweiten Szenario werden die Transfers ausschließlich von gegenwärtig lebenden Kohorten getragen. In dem dritten Szenario, dem „optimalen policy-mix“ aus Staatsverschuldung und Steuererhöhung, verteilt Raffelhüschen die Belastung gleichmäßig auf alle gegenwärtig lebenden und zukünftigen Generationen.

Der letzte Beitrag von Dr. *Albrecht Ritschl* (München) galt dem Thema „NS-Ideologie als ökonomische Doktrin“. Nach Ritschl stellt Hitlers „Lebensraumkonzept“ eine radikale malthusianische Doktrin dar, mit deren Anwendung die vorgebliche Notwendigkeit zur immerwährenden territorialen Expansion begründet wird. Das Bewegungsgesetz in Hitlers Doktrin ist das „Mißverhältnis“ von Volkszahl und Lebensraum, das einen fortdauernden Bevölkerungsdruck hin zum Subsistenzminimum erzeugt. Anders als in der herkömmlichen malthusianischen Überlieferung wird das Bevölkerungswachstum jedoch in sozialdarwinistischer Weise positiv gewertet, da es natürliche Auslese und somit erhöhten Wert im kollektiven Überlebenskampf mit sich bringe.

Mit Ablauf der Münchener Tagung endete die vierjährige Amtszeit des bisherigen Ausschußvorsitzenden Prof. Dr. *Gunter Steinmann* (Halle). Zum neuen Vorsitzenden des Ausschusses für Bevölkerungsökonomie wurde Prof. Dr. *Klaus Zimmermann* (München) gewählt.

Prof. Dr. G. Steinmann, Halle

Ausschuß für Unternehmenstheorie und -politik

Die 23. Sitzung des Ausschusses für Unternehmenstheorie und -politik fand am 23. und 24. April 1993 in Bendorf/Rhein statt. Drei Referate zu *theoretischen Konzepten im Bereich Marketing* wurden gehalten und diskutiert.

Im ersten Referat von Prof. Dr. *Fokko ter Haseborg* (Universität Hamburg) „*Werbequalität und Werbebudgetierung*“ wurden Überlegungen zum Design von dynamischen Wirkungs- und Entscheidungsmodellen der Werbeplanung angestellt.

Ausgehend von empirischen Befunden zur zeitlichen Absatzreaktion bei (qualitativen) Werbemitteländerungen für ein Konsumprodukt, behandelte der Beitrag ausgewählte Fragen zum Design von dynamischen Wirkungs- und Entscheidungsmodellen der Werbeplanung. Diskutiert wurden für dynamische Wirkungsmodelle Aggregationsprobleme im Zusammenhang mit der Wahl der Instrumentalvariablen, Spezifizierungsprobleme bei der Modellierung des (qualitativen) Werbemittelbezuges der Wirkungen der Werbung und Fragen der Modellierung zeitlicher Carry-Over-Effekte mit Hilfe unscharfer (aggregierter) Lag-Ansätze und/oder intermediärer (Goodwill-) Wirkungsbeziehungen. Für eine Klasse von Entscheidungsmodellen zur Einsatzplanung von Werbemitteln und zur Werbebudgetierung wurden Fragen des ökonomischen Planungshorizontes, das Problem „Simultanplanung versus Sukzessivplanung“ und eine Zerlegung des grundlegenden Entscheidungsproblems in hierarchisch geordnete Teilentscheidungsprozesse unter Berücksichtigung zeitlicher, personaler und organisationaler Bedingungen des Werbeplanungsprozesses erörtert. Die Überlegungen zum Design der Modelle zeigen die Notwendigkeit zur Generierung und Anwendung von Validierungskriterien im Rahmen des Modellierungsprozesses.

Im zweiten Vortrag von Prof. Dr. *Sönke Albers* (Universität Kiel) „*Die Festsetzung von Provisionssätzen für Verkaufsaußendienstmitarbeiter als Prinzipal-Agenten-Problem*“ wurde gezeigt, daß die erfolgsabhängige Entlohnung von Verkaufsaußendienstmitarbeitern (ADM) geradezu ein klassisches Prinzipal-Agenten-Problem darstellt, wofür verschiedene problembezogene Vorschläge zur Ausgestaltung des Kontraktes gemacht worden sind (z.B. Basu/Lal/Srinivasan/Staelin, *Marketing Science* 1985).

Die in der Literatur existierenden Vorschläge wurden danach systematisiert, welche Risikoneigung beim ADM unterstellt wurde und ob eine differenzierte Steuerung von heterogenen Produkten gewünscht ist.

Im Grundmodell für homogene Produkte möchte das Unternehmen (Prinzipal) erreichen, daß seine ADM (Agenten) im Sinne des Unternehmens möglichst einen hohen Einsatz erbringen. Aus Sicht der ADM ist es plausibel anzunehmen, daß diese in der Regel die Zielsetzung der Maximierung des Nutzens aus Einkommen abzüglich des Nutzenentgangs aus Arbeitszeit verfolgen. Da das Unternehmen den Einsatz der ADM nicht kontrollieren kann, ist es sinnvoll, eine erfolgsabhängige

Entlohnung in Form von Umsatzprovisionen anzubieten. Da bei risikoscheuen ADM auch das Problem der Risikoaufteilung eine Rolle spielt, ist zusätzlich eine optimale Festgehaltshöhe zu bestimmen. Bei gamma-verteilten Umsätzen und einer Risikonutzenfunktion vom Typ Erwartungswert abzüglich gewichteter Standardabweichung kann gezeigt werden, daß ein optimaler Kontrakt bei Vernachlässigung von Risiko darin besteht, daß der ADM einen Festbetrag an das Unternehmen zu zahlen hat (negatives Festgehalt), dafür aber dann einen Provisionsatz in Höhe des Deckungsbeitragsatzes erhält, womit er das volle Risiko zu tragen hat. Je höher nun das Risiko oder auch die Risikoaversion ist, desto größer sollte der Festgehaltanteil gewählt werden. Hier wurde gezeigt, daß für realistische Datenkonstellationen nach wie vor Lösungen mit negativem Festgehalt resultieren, die in der Praxis nicht vorkommen, so daß Festgehälter offenbar aus anderen Gründen gezahlt werden. Unter diesen Bedingungen kann es sogar vorteilhaft sein, mit steigendem Risiko den erfolgsabhängigen Teil der ADM-Entlohnung zu erhöhen. Unabhängig vom Risiko konnte gezeigt werden, daß Provisionsatzstaffeln, die mit steigendem Umsatz progressiv steigen, immer vorteilhaft sind. Bei der Steuerung der Besuchstätigkeit von ADM nach Produkten konnte nachgewiesen werden, daß die üblicherweise empfohlene Steuerung mit Hilfe deckungsbeitragsproportionaler Provisionsätze einer marktchancenorientierten Steuerung mit Provisionsätzen proportional zum Produkt aus Besuchselastizität und Deckungsbeitrag häufig unterlegen ist, aber beide Steuerungsformen bei einer kostenneutralen Umstellung und hohen Nutzenentgangselastizitäten aus Arbeitszeit auch einer einheitlichen Umsatzprovision unterlegen sein können. Im Falle heterogener ADM in einem Außendienst empfiehlt es sich, Provisionen auf die Erreichung individuell vorgebar Quoten zu zahlen. Ist zusätzlich unklar, wie effektiv ein ADM sein kann, sollte ein Menü von Provisionsplänen angeboten werden, aus dem sich der ADM den auf ihn am besten zutreffenden Plan auswählen kann.

„*Marketing-Mix und Marketing-Erfolg – Befunde der empirischen Erfolgsfaktorenforschung* –“ war das Thema des dritten Referats von Prof. Dr. Lutz Hildebrandt (Universität Bielefeld). Die Suche nach strategischen Erfolgsfaktoren in der Unternehmens- und Marketingplanung ist in den vergangenen zwei Dekaden von Modellanalysen der PIMS- (Profit Impact of Market Strategies) Forschung geprägt worden. Als wesentliche Erfolgsfaktoren konnten in den PIMS-Modellen sieben Erfolgsfaktoren identifiziert werden, z.B. Produktqualität, Marktwachstum, Marktanteil. Sie wiesen eine hohe Korrelation mit Erfolgsgrößen wie ROI, ROS auf.

Gegenüber diesen Ergebnissen, die zum Teil unabhängig vom Datensatz als gesichert gelten, sind empirische Befunde zur Wirkung von Marketing-Mix-Faktoren in strategischen Planungsprozessen relativ rar. Vorliegende Ergebnisse beruhen fast ausschließlich auf multiplen linearen Regressionsanalysen mit Querschnittsdaten, die eher explorativen Charakter haben. Die dargestellte Untersuchung geht sowohl methodisch als auch von der Datenbasis aus gesehen über die vorhandenen einfachen Regressionsmodelle der Erfolgsfaktorenforschung hinaus. Die Analyse der Wirkungsstrukturen von Marketing-Mix-Variablen erfolgt über ein komplexeres Strukturgleichungsmodell. Ziel ist die Ermittlung der Wirkungsweise und Einflußstärke von Instrumental-Variablen auf die Gewinnung von Marktanteilen. In der Analyse werden Interdependenzen und moderierende Wirkungen der Marketinginstrumente berücksichtigt. Grundlage der Datenanalyse sind Indikatoren aus der PIMS-Datenbank, die in Form von fünf-Jahres-Veränderungsdaten vorliegen. Durchgeführt wurden individuelle Modelltests und Vergleiche der Wirkungsstrukturen der Marketing-Mix-Faktoren zwischen unterschiedlichen Industriezweigen. Es wird nachgewiesen, daß Marketing-Mix-Faktoren einen

großen Einfluß auf die moderierenden Variablen „Beurteilung der Produkt-Qualität“ und „Qualitäts-Image“ haben. Diese wiederum sind gleichzeitig die Voraussetzung für das Wachstum des Marktanteils. Weiter zeigt die Modellanalyse, daß im Konsumgüter- und Industriegüter-Bereich unterschiedliche Wirkungsstrukturen der Instrumente des Marketing-Mix vorliegen, was letztendlich auch zu unterschiedlichen Handlungsempfehlungen führt.

Die nächste Sitzung des Ausschusses wird am 22. und 23. April 1994 unter dem vorgesehenen Generalthema „Kontrakttheorie“ wieder in Bendorf stattfinden.

Prof. Dr. H. Seelbach, Hamburg

Ausschuß für Geldtheorie und Geldpolitik

Auf Einladung der Österreichischen Nationalbank (OeNB) fand die 24. Sitzung des Ausschusses am 2. und 3. April 1993 in Wien statt. Es wurden insgesamt sechs Referate gehalten; davon beschäftigten sich fünf Beiträge mit dem Rahmenthema „Geld- und Währungspolitik in kleinen, offenen Volkswirtschaften“. Die theoretische Diskussion kreiste insbesondere um die Festlegung des adäquaten nominalen Ankers für kleine, offene Volkswirtschaften, d.h. um das Problem „Wechselkursziel versus nationales Geldmengenziel“, während sich die konkreten Ausführungen auf die Länder Österreich, die Schweiz, Ungarn und die CSFR bzw. (ab Anfang 1993) die Tschechische Republik konzentrierten.

In ihrem einführenden Beitrag stellte Dr. *Maria Schaumayer*, Präsidentin der OeNB (Wien), das Modell der faktischen Bindung des ÖS an die D-Mark (und andere europäische Hartwährungen) als einen gelungenen Versuch der Rechtfertigung eines Wechselkursziels auf der Basis einer optimalen Währungszone vor. Glaubwürdigkeit und Kontinuität der Politik, erleichtert durch einen hohen Grad an Basiskonsens und Sozialpartnerschaft, seien die entscheidenden Faktoren gewesen, die zur Konvergenz der fundamentalen Wirtschaftsdaten, zu positiven Wechselkurserwartungen und damit zur Stabilisierung des Außenwertes des ÖS geführt hätten. Die Diskussion bezog sich vor allem auf das Problem der D-Mark-„Hegemonie“, die Existenz von Spielräumen für eine eigenständige Geldpolitik der OeNB und auf die Frage der Übertragbarkeit der österreichischen Hartwährungspolitik auf die Reformstaaten Osteuropas.

In einer theoretischen und empirisch ebenfalls auf Österreich bezogenen Untersuchung analysierten Dr. *Eduard Hochreiter* (OeNB, Wien) und Prof. Dr. *Georg Winckler* (Wien) die Anpassungsprozesse, die aufgrund des Signals der sog. österreichischen Hartwährungspolitik in Gang gesetzt wurden und dieses Land nach Ansicht der Autoren schließlich zu einem Bestandteil eines optimalen Währungsgebiets (OCA) mit Deutschland gemacht hätten. Diese These blieb allerdings nicht unbestritten. Ausführlich erörtert wurden in der Diskussion die Kriterien der OCA-Theorie und der Theorie der Zeitkonsistenz (Glaubwürdigkeit) der Politik, die mit Bezug auf diskretionäre Wechselkursänderungen zu unterschiedlichen Aussagen gelangen. Ebenso führte das Problem der volkswirtschaftlichen Kosten einer Wechselkursfixierung zu einer intensiven Debatte.

Als „autonome Geldmengenpolitik mit Wechselkursvorbehalt“ kennzeichnete Dr. *Erich Spörndli* (Schweizerische Nationalbank, Zürich) die Konzeption der schweizerischen Geld- und Währungspolitik („pragmatischer Monetarismus“). Ein beträchtlicher Zinsbonus und eine geringere realwirtschaftliche Verflechtung

gegenüber Deutschland sowie die Position als internationaler Finanzplatz hätten es der Schweiz bislang ermöglicht, dieses Konzept durchzuhalten. Die Diskussion griff vor allem zwei Fragen auf: Erstens die Beeinträchtigung der Glaubwürdigkeit einer autonomen Geldpolitik durch „escape clauses“ bei den Wechselkursen, zweitens die Unsicherheiten über den Fortgang der europäischen Integration (EWS, EWU). Sollte sie sich zügig weiterentwickeln, könnten die Marktkräfte auch für die Schweiz den Übergang zur Wechselkursfixierung und den Verzicht auf den Bonus niedriger langfristiger Realzinsen erzwingen.

Die Geld- und Währungspolitik der osteuropäischen Reformstaaten in der Übergangsphase war Gegenstand der Referate von Dr. *Péter Akos Bod*, Präsident der Ungarischen Nationalbank (Budapest), und *Josef Tosovsky*, Präsident der Nationalbank der CSFR bzw. (ab 1993) der Tschechischen Republik (Prag). Vor dem Hintergrund gravierender makroökonomischer Anpassungsprozesse und eines ausgeprägten Wandels der staatlichen und privaten Verhaltensnormen begründeten beide Autoren – mit Blick auf das erfolgreiche österreichische Hartwährungsmodell – die Anbindung des Forint bzw. der Krone an einen „harten“ Währungskorb in Form eines Crawling-peg als den vergleichsweise besten nominalen Anker für ihre Volkswirtschaften. In Ungarn, so *Bod*, habe dieses Konzept bislang nicht zu Konflikten mit der inländischen Geldpolitik geführt. Auch in der CSFR sei die Strategie des Festkurses mit einem seit 1991 konstanten nominalen Wechselkurs und einer nur geringen realen Aufwertung der Krone erfolgreich gewesen. Gleichwohl, so *Tosovsky*, stelle sich für die nun beginnende Phase der Konsolidierung des Reformprozesses das Problem der Wahl des Wechselkursregimes erneut, wobei die mikroökonomischen Vorteile eines Festkurssystems gegen die möglichen gesamtwirtschaftlichen Kosten abgewogen werden müßten. Die Diskussion kreiste insbesondere um die Probleme des Aufbaus eines zweistufigen Bankensystems sowie funktionierender Finanzmärkte, der Finanzierung von Privatisierungsvorhaben und um die Implikationen des in den letzten Jahren deutlichen Anstiegs der privaten Sparquote in diesen Ländern.

Das Referat von Prof. Dr. *Erwin W. Heri* (Schweizerischer Bankverein, Basel) behandelte die Risiken von großen, international operierenden Banken im derivativen Geschäft (Swaps, Futures, Optionen). Eindrucksvoll gezeigt wurde, daß das Risikomanagement der Derivate sehr hohe Ansprüche an das technische Verständnis und an die technische Infrastruktur stellt, wobei angesichts des stürmischen Wachstums dieser Geschäfte insbesondere den operativen und Gegenpartei-Risiken verstärkt Beachtung geschenkt werden sollte. Ausführlich erörtert wurden in der Diskussion die Probleme der Risikoverlagerung durch Derivate („Handelbarkeit“) sowie die volkswirtschaftlichen Nutzen und Kosten (Gefahren eines „Finanzkollapses“?) derartiger Geschäfte. Das Fazit war, daß sich nicht nur für die Banken selbst, sondern auch für die Aufsichtsbehörden und Zentralbanken im „Jahrzehnt der Derivate“ (*Heri*) neue Herausforderungen stellen werden.

Die Referate dieser Sitzung werden unter dem einleitend genannten Rahmenthema in den „Schriften des Vereins für Socialpolitik“ veröffentlicht werden. Die nächste (25.) Ausschußsitzung wird am 25. und 26. Februar 1994 wieder in Frankfurt/M. im Hause der Deutschen Bundesbank stattfinden; Rahmenthema: „Neuere Entwicklungen in der Geldtheorie und Währungspolitik“.

Prof. Dr. Dieter Duwendag, Speyer

Ausschuß für Industrieökonomik

Die Jahrestagung 1993 des Ausschusses fand vom 17. - 19. März in München statt. Die organisatorische Vorbereitung und Durchführung hatte dankenswerterweise Prof. Dr. A. Picot (München) übernommen. Die nach der 1991er Münchner Tagung hohen Erwartungen wurden nicht enttäuscht.

Mit großer Mehrheit hatte sich die Mitgliederversammlung 1992 als Rahmenthema auf die Innovationsproblematik geeinigt. Die Hoffnung auf ein breites Interesse und ein entsprechend großes Angebot an Vorträgen hat sich vollumfänglich bestätigt und dazu veranlaßt, die Dauer der Tagung ausnahmsweise auf zwei volle Tage auszudehnen.

Insgesamt wurden neun Referate vorgetragen und die Diskussion zu jedem Referat durch ein vorbereitetes Korreferat eingeleitet. Die Referate verteilten sich allgemein auf zwei Übersichtsbeiträge, fünf Vorträge zu wichtigen theoretischen resp. angewandten theoretischen Fragestellungen und zwei wirtschaftspolitisch orientierte Beiträge. Das Übersichtsreferat zur Theorie der Innovation („Die Modellierung des Innovationsprozesses: Ein integrativer Ansatz“) hat Dr. M. Stadler (Augsburg) gehalten, das entsprechende Korreferat Prof. Dr. B. Meyer (Osnabrück) übernommen. Der zweite Übersichtsbeitrag kam von PD Dr. F. Meyer-Krahmer (Karlsruhe) und war dem Thema „Die Innovationsproblematik aus der Sicht der angewandten Innovationsforschung“ gewidmet; das Korreferat hat Prof. Dr. M. Fritsch (Freiberg/Sachsen) gehalten. Die Serie der Beiträge zu Einzelfragen der Innovationsforschung wurde eingeleitet von Prof. Dr. G. Clemenz (Regensburg), der sich mit einer für die Thematik zentralen Fragestellung: „Forschung und Entwicklung als Suchprozeß bei oligopolistischem Wettbewerb“ befaßte. Sein Korreferent war PD Dr. Helmut Zink (Bern). Mit „Spillover-Effekten in Forschung und Entwicklung“ befaßte sich anschließend D. Harhoff, Ph. D. (Mannheim); das Korreferat besorgte Dr. P. Welzel (Augsburg). Ein für die Modellierung von Innovationsprozessen wichtiges methodisches Problem stellte Mag. Dr. K. Ritzberger mit seinem Beitrag zur Frage der Relevanz des Ansatzes der evolutionären Spieltheorie („Evolutionary Selection in Normal Form Games“), korreferiert von PD Dr. H. Wiese (Koblenz), zur Diskussion. Prof. Dr. F. Bolle (Frankfurt/Oder) referierte über Effekte einer spezifischen Produktinnovation: „Who Profits from Futures Markets? A Kind of Coase Conjecture“; der Korreferent war Prof. Dr. W. Emons (Bern). Den Abschluß der theoretischen bzw. angewandt theoretisch ausgerichteten Referate bildete der Vortrag von Dr. B. Wieland (Köln) über „Innovation und industrielle Arbeitsteilung: das Beispiel des Bankwesens“, zu dem Prof. Dr. N. Blattner (Basel) das Korreferat beisteuerte. Die beiden letzten Vorträge waren mehr oder weniger wirtschaftspolitisch orientiert. Prof. Dr. J. Franke (Berlin) beschäftigte sich mit der „Bedeutung des Patentwesens im Innovationsprozeß – Probleme und Verbesserungsmöglichkeiten“, und Prof. Dr. P. Oberender und Dipl. Kfm. F. U. Fricke (Bayreuth/Jena) referierten über „Möglichkeiten und Grenzen einer europäischen Forschungs- und Technologiepolitik: eine ordnungstheoretische Analyse“. Die Korreferate haben Dr. J. Schwalbach (Berlin) und Prof. Dr. F. Rahmeyer (Augsburg) gehalten. Da mit einer Ausnahme alle Referate in Kürze in einem speziell dieser Tagung vorbehaltenen Doppelheft der Ifo-Studien (1993, Heft 3/4) veröffentlicht werden, kann auf eine Inhaltsangabe verzichtet werden.

Die nächste Tagung des Ausschusses wird in Mannheim stattfinden und als Rahmenthema Beziehungen zwischen Finanz- und Gütermärkten behandeln.

Prof. Dr. H. J. Ramser, Konstanz